

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Artikel 14 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Auf Grund von Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) werden die folgenden Informationen zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten mitgeteilt:

Die Gemeindewerke Petersberg verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Abrechnung der verbrauchten / zur Verfügung gestellten Wassermenge, zur Reduzierung der Wasserverluste und zur Vermeidung von Keimbelastung.

Bei den verarbeiteten personenbezogenen Daten handelt es sich insbesondere um folgende Kategorien:

- Aktueller Zählerstand (zur Abrechnung)
- Stichtagszählerstand inkl. konkretem Stichtagsintervall (zum Lokalisieren von Leckagen und Rohrbrüchen im Rahmen der turnusmäßigen Wassernetzüberprüfung)
- Leckage- / Rohrbruch-Alarm (zum Lokalisieren von Leckagen und Rohrbrüchen)
- Rückfluss-Alarm inkl. Rückflussmenge (zur Abrechnung (Ausschluss von Manipulation) sowie zur Sicherstellung der Trinkwasserqualität (mögliche Verkeimung))
- Alarm „Trockener Zähler“ (zur Abrechnung (Ausschluss von Störung oder Manipulation), zur Lokalisierung von Leckagen und Rohrbrüchen sowie zur Erfüllung der Lieferverpflichtung)
- Manipulations-Alarm (zur Abrechnung (Ausschluss von Manipulationen))
- Wasser- und Umgebungstemperatur (zur Sicherstellung der Trinkwasserqualität)
- Höchst- und Mindestdurchfluss im Jahr / im Monat / am Tag inkl. Datum in Form von Tages- und Stundenmenge (zur Abrechnung (Dimensionierung und Überwachung Funktionsfähigkeit des Zählers))
- Alarm für Über- / Unter-Dimensionierung des Zählers (zur Abrechnung (Dimensionierung des Zählers))
- Zählerbezogene Daten wie Zählernummer, Zählertyp, Konfiguration / Software / Version, Information über Batteriekapazität, Anzahl Betriebsstunden, Datum und Uhrzeit

Die Daten im Speicher des Zählers können bis zu deren Löschung auf Ihren Wunsch und / oder mit Ihrer Einwilligung anlassbezogen ausgelesen werden, z. B. im Streitfall über die abzurechnende Wassermenge.

Ihre personenbezogenen Daten entnehmen die Gemeindewerke Petersberg Ihrem Funkwasserzähler.

Verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten sind die Gemeindewerke Petersberg, Betriebszweig „Wasserversorgung“, Rathausplatz 1, 36100 Petersberg, Tel.: 0661 / 62 06 - 28, E-Mail: d.freidhof@petersberg.de.

Dort erhalten Sie nähere Auskünfte zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und können Ihre Rechte im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung geltend machen.

Den Datenschutzbeauftragten der Gemeindewerke Petersberg erreichen Sie unter der Tel.: 0661 / 62 06 - 0, E-Mail: dsb@petersberg.de, Rathausplatz 1, 36100 Petersberg.

Die Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO (Ausübung öffentlicher Gewalt) ...

- ... i. V. m. §§ 18, 20 und 24 Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) zur Abrechnung der verbrauchten / zur Verfügung gestellten Wassermenge.
- ... i. V. m. § 5 AVBWasserV zur Erfüllung der Lieferverpflichtung.
- ... i. V. m. § 50 Absatz 3 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG), § 36 Absatz 1 Hessisches Wassergesetz (HWG) und § 10 Absatz 3 AVBWasserV zur Lokalisierung von Leckagen und Rohrbrüchen (anlassbezogen sowie im Rahmen der turnusmäßigen Wassernetzprüfung).
- ... i. V. m. § 4 Trinkwasserverordnung (TrinkwV) zur Sicherstellung der Trinkwasserqualität (anlassbezogen sowie im Rahmen der turnusmäßigen Wassernetzprüfung).

Ihre personenbezogenen Daten werden innerhalb der Gemeindewerke Petersberg zur Veranlagung und Erhebung der Wassergebühren weitergegeben. Eine Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt nicht.

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, wenn das Vertragsverhältnis beendet wird, sämtliche gegenseitige Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungsfristen oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Dabei handelt es sich unter anderem um Aufbewahrungsfristen aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO). Das bedeutet, dass Ihre personenbezogenen Daten nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, in der Regel sind das 10 Jahre, gelöscht werden.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogene Daten und auf die in Artikel 15 Absatz 1 und 2 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Artikel 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Artikel 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, zum Beispiel wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Artikel 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, zum Beispiel für die Dauer der Prüfung des Verantwortlichen, wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung erhoben hat.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch zu erheben. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Artikel 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung zur Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten jederzeit zu widerrufen, sofern die Verarbeitung der sie betreffenden Daten auf ihrer Einwilligung für den verfolgten Zweck beruht. Die Rechtmäßigkeit der auf Grund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt davon unberührt.

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die EU-Datenschutzgrundverordnung verstößt (Artikel 77 DS-GVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

In Hessen ist die zuständige Aufsichtsbehörde der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 31 63, 65021 Wiesbaden, Tel.: 0611 / 14 08 - 0, Fax: 0611 / 14 08 - 611, E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de, www.datenschutz.hessen.de.